

**Zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplans (Vorlage 049/2013):** Um es in einem Satz vorweg zu sagen: Diese Vorlage ist ein Skandal! Keine der im Vorfeld vom Ortsbeirat Kürenz gemachten und mit der Verwaltung sowohl über den Ortsvorsteher als auch über die verschiedenen Mandatsträger/innen, die sowohl im Ortsbeirat als auch im Stadtrat sitzen, kommunizierten Vorschläge, sind in die Vorlage eingeflossen. Im Anhang der Verwaltungsvorlage 049/2013 in der Ausgabe für die Ortsbeiräte (!) fehlt – obwohl es dort aufgelistet wird - das Birego-Gutachten. Es werden nur einige sog. „Steckbriefe zu Bau, Bauunterhaltungs- und Betriebskosten“ (Vorlage, ebd., S. 51) für Schulen willkürlich angeführt. Bezeichnenderweise fehlt der „Steckbrief“ für die Grundschule Kürenz. Ein Grund dafür könnte schlichtweg sein, dass die Grundschule Kürenz, weil sie komplett saniert ist, keine übermäßigen Kosten verursacht und gegenüber dem Renovierungsaufwand anderer Schulen, deren Renovierung laut Vorlage mehrere Millionen verschlingen, relativ gut wegkommt! Das darf aber nicht sein, wenn diese Schule auf Biegen und Brechen aus abstrakt-politischen Beweggründen heraus von der Verwaltung geschlossen werden soll (vgl. auch den Elternbeiratsflyer auf dieser Homepage).

Vor diesem Hintergrund sehe ich mich nicht (mehr) an die vorgegebene Verschwiegenheitspflicht der Gemeindeordnung gebunden! Vor allem dann nicht, wenn – wie auch in diesem Fall – die sog. „Fachgremien“ über die Vorlage 049/2013 in „nichtöffentlicher“ (!) Sitzung bereits schon entschieden haben (!), ohne dass diese Entscheidungen mit den Ortsbeiräten kommuniziert (worden) würden. Dies ist eine Missachtung der Voten aller Ortsbeiräte, die aber gemäß der Gemeindeordnung in die Entscheidungsfindung der verantwortlichen Mandatsträger/innen im Rat eingehen sollen (vgl. § 75), indem die Ortsbeiräte zuvor „angehört“ werden müssen!!! Des Weiteren gilt es festzustellen, dass die Ortsbeiratssitzungen „öffentlich“ abgehalten werden, was so viel bedeutet, dass mit den betroffenen Bürger/innen sehr wohl gesprochen werden soll, um sich als Ortsbeirats und Stadtratsmitglied eine angemessene Meinung bilden zu können.

Diese Vorlage ist entschieden abzulehnen!

Sie ist schon alleine deshalb abzulehnen, weil zahlreiche Parteien zuvor schon in den Medien kommuniziert hatten, dass sie alternative „Abänderungsanträge“ zu den einzelnen Punkten der Verwaltungsvorlage im Rat stellen wollen (vgl. 16.vor sowie TV-Berichterstattung).

Diese alternativen Vorschläge der verschiedenen Fraktionen liegen mir schriftlich nicht vor! Ob die Berichterstattung in den Trierer Medien 16.vor und TV glaubwürdig oder gar vollständig bezüglich der Alternativvorschläge der verschiedenen Fraktionen sind, kann ich also nicht beurteilen. Es ist allein aus diesem Grunde schon lächerlich und völlig absurd über die Vorlage 049/2013 im Ortsbeirat Kürenz abzustimmen zu wollen, wenn jetzt schon klar ist, dass im Rat der Stadt Trier über vollkommen andere Ausgangsfakten abgestimmt werden wird als über diejenigen, die uns mit dieser Verwaltungsvorlage heute (02.03.13) vorgelegt werden! (Zumal die „nichtöffentliche Sitzung“ der „Fachgremien“ schon entschieden ist – wenngleich zwischen den Fraktionen sicherlich noch mit heißester Nadel bis zu Letzt gestrickt werden wird!)

Begründung:

In der Verwaltungsvorlage 049/2013 steht unter Punkt 4.5 ein Text, der von den Räten der Stadt bei der kommenden Stadtratssitzung im März konkret zur Entscheidung ansteht:

„Die Grundschule in Kürenz wird zum Schuljahr 2014/15 für die Aufnahme neuer Schulkinder geschlossen. Der Schulbezirk Kürenz wird in den Schulbezirk Ambrosius integriert. Die mögliche

zukünftige Nutzung des Gebäudes der GS Kürenz zur Entlastung des Raumbedarfs der weiterführenden Schulen ist zu prüfen.“ (Vorlage, ebd., S. 5)

Zudem wird unter Punkt 5. geschrieben, dass die Verwaltung „beauftragt wird“ dem Rat zeitnah ein Konzept vorzulegen, das „zu möglichen Veräußerungsoptionen“ (Vorlage, ebd., S. 9) konkrete Vorschläge unterbreitet.

Dass die Grundschule Kürenz laut Verwaltungsvorlage und Gutachten geschlossen werden sollte, ist ja nicht neu.

Allerdings ist es völlig inakzeptabel, dass die Verwaltung in ihre Vorlage schreibt:

„Der Einladung der Dezernentin, Stellung zu nehmen, wurde durch öffentliche Veranstaltungen und zahlreiche Post von verschiedenen Organisationen und Einzelpersonen gefolgt. Alle Beiträge wurden von der Verwaltung ausgewertet.“ (Vorlage, ebd., S. 13)

Leider wird der letzte Satz gedanklich nicht mehr fortgeführt, so dass man auch sagen könnte, dass die Verwaltung nicht nur die verschiedenen Vorschläge „ausgewertet“, sondern auch keine (!) in das Konzept habe einfließen lassen. Von letzterem ist aber in der Vorlage überhaupt nichts zu bemerken und schon gar nicht (!) wird es sprachlich von der Verwaltung eigens gewürdigt, dass „Stellungnahmen“ von Dritten auch tatsächlich in das Konzept eingeflossen sind.

Denn nichts ist beispielsweise davon zu lesen, dass die Verwaltung über den Ortsvorsitzenden von Kürenz, Bernd Michels (CDU), dem gesamten Ortsbeirat in einer Sitzung zugesagt hatte, dass die Grundschüler/innen von Altkürenz selbstverständlich zunächst auch in der Keune-Grundschule von Neukürenz aufgenommen werden könnten. Diese Antwort kam auf mein wiederholtes Argument, dass es überhaupt nicht einzusehen sei, weshalb die Grundschüler/innen von Altkürenz in eine Grundschule verschoben werden sollen, die zu Trier-Nord gehört (einem sozialen Dauer-Brennpunkt!), während der Stadtteil Kürenz doch noch eine zweite Grundschule habe, nämlich die Keune-Schule, die schließlich auch zu Kürenz gehört. Schließlich wäre es ein Ausdruck von Normalität, wenn die Schüler/innen eines Stadtteiles auch in ihrem Stadtteil primär zur Schule gehen können. (Dieses Argument wird z.B. in Tarforst von allen Verantwortlichen akzeptiert!) Warum nicht in Kürenz? Hier ist man eben anscheinend nicht gleich!

Mit keinem Wort wird erwähnt, dass es in Gesamt-Kürenz so viele Grundschüler/innen gibt, dass beide Schulen voll ausgelastet sein könnten und auf lange Sicht auch ausgelastet wären.

Gleichzeitig sieht die Verwaltungsvorlage 049/2013 aber eine weitere Nutzung des Grundschulgebäudes vor, „um den vorhandenen Raumbedarf der Gymnasien oder der Berufsbildenden Schulen zu decken“ (Vorlage, ebd., S. 31).

Wie weiter oben schon zitiert, gehört zu dem Entschluss der Verwaltungsvorlage auch der Umstand, dass „der Schulbezirk Kürenz in den Schulbezirk Ambrosius integriert wird“ (Vorlage, ebd., S. 5). Dies ist wiederum eine völlige Missachtung dessen, was der Ortsbeirat Kürenz wiederholte Male beschlossen und in den Protokollen seiner Sitzungen niedergelegt hat. Hier wurde nämlich völlig entgegengesetzt zu der Vorlage 049/2013 beschlossen, dass zugunsten der Grundschule Altkürenz die „Schulbezirksgrenzen“ verschoben werden sollten (vgl. auch die gemeinsame Stellungnahme der Elternbeiräte von Kürenz und Egbert auf dieser Homepage!). Nichts davon ist in die Verwaltungsvorlage eingegangen, so dass ich mich frage (und ernsthaft bezweifeln muss), ob diese Vorschläge des Ortsbeirats überhaupt mit der Verwaltung kommuniziert und von ihr zur Kenntnis genommen worden sind?

Es ist ja überhaupt nicht einzusehen, dass die Grundschule in Kürenz geschlossen werden soll, wenn gleichzeitig das Gebäude für „Überhänge“ von den Gymnasien oder Berufsschulen weiterhin gebraucht und bewirtschaftet werden soll? (Die Stadt hätte nur durch eine Schließung und „zeitnahe Veräußerung“ des Gebäudekomplexes in Kürenz einen finanziellen Gewinn, der vom Land und von der ADD ausdrücklich eingefordert wird (vgl. Punkt 2.14 Vorlage, ebd. S., 3).

Gleicherweise ist nicht einzusehen, in welcher Weise die alternativen Vorschläge der verschiedenen Parteien unter Berücksichtigung des in verschiedenen Stellungnahmen massiv geäußerten Elternwillens zum Tragen kommen sollen?

Was demnach übrigbleibt, ist eine gnadenlose finanzpolitische Kalkulation, die jeglichem pädagogischem Verstand widerspricht ebenso wie jedweder kommunalpolitischen Selbstverwaltung der Belange der Bürger/innen vor Ort in verschiedenen Stadtteilen. Nicht die Stadt Trier betreibt hier Kommunalpolitik, sondern die „Konsolidierungszwänge“ des städtischen Finanzhaushaltes, die vom Land RLP aus vorgegeben werden.

Ich weigere mich, über diese Vorlage unter den gegebenen Umständen überhaupt abzustimmen.